

DIESE WOCHE

Hintergrund

Tanzen in der Terrorschule
Wenn der Rüttschüler zum Regelfall wird

4

Deutschland

«Deutsches Engagement zu schwach»
Königsberger Gebiet erlebt Wirtschaftsaufschwung

5

Politik

Quittung für Selbstbetrug
Jahrelang wurden echte Reformen in Ungarn verschoben, jetzt herrscht Groll

6

Aus aller Welt

Wettbewerb der Gewalt
Nach Unruhen in Paris ist keine Ruhe eingeleitet – Linke zeigen Einsicht

7

Geschichte

Das Deutsche Museum wird eröffnet
... und der Kaiser legte einen Grundstein

9

Ostpreußen heute

Neues Stadtwappen
Gumbinnens neues Symbol schließt an deutsche Tradition an

11

Kultur

Später Ruhm für einen großen Denker
Arthur Schopenhauers Deutung des Lebens

19

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Archiv Verlages bei.

Die Schulden-Uhr: Regelwidrig

Finanzminister Steinbrück hat die Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt für das Jahr 2005 überprüfen lassen und feststellen müssen, daß jeder zweite Euro nicht nach den Vorgaben ausgegeben wurde. Nur Sachsen hat sich als einziger der neuen Bundesländer an die Regeln gehalten. Berlin hingegen erlaubt sich absolute Narrenfreiheit. Insgesamt wurden im Osten 5,2 Milliarden Euro regelwidrig zum Stopfen von Etatlöchern ausgegeben.

1.534.017.258.007 €

(eine Billion fünfhundertvierunddreißig Milliarden siebenundfünfzigtausend und sieben)

Vorwoche: 1.532.738.662.689 €
Verschuldung pro Kopf: 18.594 €
Vorwoche: 18.578 €

[Stand: Dienstag, 7. November 2006, 12 Uhr.
Zahlen: von.steuerzahler.de]

Streit um DDR-Vergangenheit

Stasi-Unterlagen-Gesetz soll nachgebessert werden

Von BERNHARD KNAPSTEIN

Schlußstrich-Mentalität“ hieß es auf der einen, eine „böswillige Unterstellung“ zitierte die andere Seite. Der wortgewaltige Schlagabtausch zwischen dem Bundesratspräsidenten Dieter Althaus (CDU) und dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse (SPD) bildete den Auftakt einer nun auslaufenden Auseinandersetzung zwischen den beiden Kammern um das Stasi-Unterlagen-Gesetz von 1991.

Die damals festgesetzte 15-jährige Zeitspanne, in der anhand der Stasi-Unterlagen Personen zum Zwecke der strafrechtlichen Rehabilitation oder wegen möglicher Verstrickungen in das Stasisystem überprüft werden konnten, läuft Ende des Jahres aus.

Der Bundesrat möchte die Frist verlängern, da es ihm vornehmlich um die strafrechtliche Rehabilitation der Stasiopfer geht. Die sollen ihre Anträge auf Rehabilitation bis Ende 2010 stellen können. Als Grundlage solcher Anträge sollen auch die Stasiunterlagen weiterhin eingesehen werden können.

Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grüne haben einen eigenen Entwurf einer Gesetzesnovelle als Beschlußvorlage im Bundestag eingebracht, der gleichfalls eine weitergehende Nutzung der Unterlagen – allerdings langfristig – ermöglichen soll.

Kapitalgesellschaften sollen Kandidaten für Führungspositionen nicht mehr überprüfen können. Da viele Betroffene bereits verstorben sind und es für eine Akteninsicht bisher auf deren Einwilligung angekommen ist, soll die künftig wegfallen, damit auch in Zukunft noch die Daten zur Aufarbeitung

der Zeitgeschichte eingesehen werden können. Der Entwurf sieht ferner ein Korrektiv bei einer 1991 vergessenen Opfergruppe des DDR-Systems vor: Adoptivkinder sollen hinsichtlich ihrer leiblichen Eltern künftig Einsicht nehmen können und umgekehrt.

Insgesamt sollen die Zugangsmöglichkeiten für die Wissenschaft erleichtert werden und für die Presse möglich bleiben.

Der Entwurf der Bundestagsfraktionen sieht zudem einen Zuständigkeitswechsel vor. Die Birlor-Behörde soll künftig nicht

mehr dem Innenministerium, sondern dem Staatsminister für Kultur und Medien unterstellt sein. Der Vorwurf der „Schlußstrich-Mentalität“ geht daher ins Leere.

Diese Novelle wurde, wie aus einem Schreiben von Behördenleiterin Marianne Birlor hervor- geht, von der Behörde für Stasi-Unterlagen selbst entworfen.

Weit liegen die Positionen von Bundesrat und Bundestag allerdings nicht auseinander, denn beide wollen sicherstellen, daß die Unterlagen weiterhin genutzt werden können. Und das ist zu begrüßen.

Nur der ehemalige DDR-Innenminister im Kabinett Lothar de Maiziere, Peter Michael Diestel (CDU), erklärte, man solle die gesamte Aufarbeitung einstellen. Nach 16 Jahren müsse man einsehen, daß man die Geschichte der DDR nicht am Thema Stasi festmachen könne.

Keiner der Parteien geht es übrigens um die Verwendung der Stasiunterlagen zur Aufdeckung von Straftaten, denn die – nicht durch die Stasi vernichteten – Unterlagen, gehen allenfalls bereits verjährte Straftatbestände preis. In der Tat waren die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) nicht die Hauptstrafgefallenen des Systems.

Andererseits bemühen sich frühere Stasi-Offiziere bar jeder Einsicht immer offener um eine politische Rehabilitation.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz hat für die politischen Opfer der DDR, für unsere Demokratie und für den wahrhaften Umgang mit unserer Geschichte einen hohen Symbolwert. Es ist daher zu begrüßen, wenn der Bundestag in Kooperation mit dem Bundesrat die langfristige Nutzung der Aktenbestände – auch für DDR-Opfer, die rehabilitiert werden möchten – sicherstellt.

MELDUNGEN

Friesisch geschützt

Friesland – Minderheitenschutz ist Kulturschutz und fördert nicht zuletzt den Tourismus. Davon weiß man in Naibell zu berichten. Naibell, so heißt Niebüll auf Friesisch. Das ist offiziell und steht neben dem hochdeutschen Ortsnamen auf den Ortseingangsschildern der Stadt. Derzeit werden die zweisprachigen Amtsbezeichnungen in 24 Polizeidienststellen im Kreis Nordfriesland und auf Helgoland eingeführt. Hier darf – und auf Verlangen muß – Friesisch gesprochen werden.

Da Friesisch aber nicht gleich Friesisch ist, muß man auf unterschiedliche Bezeichnungen gefaßt sein. Wasserpöhlz ist etwa heißt in Husum „Maaderpöhlz“ und auf Wyk „Maaderpöhlz“. Das „Gesatz fort stiepen font frisk fan“ e öffentlichkeit“ oder kurz und hochdeutsch das „Friesen-Gesetz“ läßt auch Spielraum für Dialekte.

Das schleswig-holsteinische Selbstbewußtsein ist stark genug, daß es die Friesische Fahne (Gold-Rot-Blau) neben der Landesfahne vor Behörden trägt. Auch das ist gelebter Minderheitenschutz in Deutschland. BK

Dementi des Dementis

Warschau – Die bekanntesten einzigen Zwillinge der Welt, Polens politische Doppelspitze Jaroslaw und Lech Kaczynski, gelten auch politisch als eineiig. Zwischen die beide passe kein Blatt, heißt es in Warschau. Doch auch hier geht es menschlich zu. Premier Jaroslaw Kaczynski hatte bei seinem Antrittsbesuch in Berlin eine 100.000 Mann starke und von der Nato geführte EU-Streitkraft vorgeschlagen.

Als die polnische Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ darüber berichtete, dementierte Kaczynski dies als „Humbug“. Davon sei in Berlin keine Rede gewesen.

Was er nicht wußte, noch während er dieses Dementi aussprach, erklärte sein Bruder, der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski, in einem Interview mit der „Financial Times“. Polen wolle ein europäisches Korps im Rahmen der Nato. Darüber habe sein Bruder Jaroslaw mit der deutschen Kanzlerin in Berlin gesprochen. B. K.

Flammentod aus Überzeugung

In Erfurt folgte ein Pfarrer dem Beispiel Oskar Brüsewitz – Er zündete sich aus Protest gegen Islamisierung an

Es ist Reformationstag. In dem Kloster, in dem 1501 Martin Luther (1483–1546) seine geistliche Laufbahn als Augustinermonch begann, feiern evangelische Christen einen festlich-fröhlichen Kantaten-Gottesdienst. Pfarrerin Ruth Meili, Leiterin der „Erfurter Community Casteller Ring“, ist gerade bei der Ausstellung des Abendmahls, als eine Frau sie wagt: „Kommen Sie sofort da ist ein Mensch in Not.“

Dieser Mensch heißt Roland Weißberg, ist 73 Jahre alt, geboren in Königsberg und evangelischer Pfarrer im Ruhestand. Vor dem Gottesdienst hat man ihn im Kreuzgang des Klosters gesehen. Jetzt quälte ihn in der Baugrube neben dem Kloster die Flammen des Benzins, mit dem er sich übergeben und das er selbst angezündet hat.

Er brüllte „Oskar, Oskar“ und dann „Christus, Christus“. Mitarbeiter bringen eine Brandschutz-

decke, ersticken die Flammen. Ruth Meili tröstet den Mann, betet mit ihm und verheißt ihm, daß Gott mit ihm sei, ganz gleich, was er getan habe. Bald treffen die Rettungskräfte ein, riegen das Gelände ab, bringen Weißberg ins Krankenhaus und später in eine Spezialklinik in Halle an der Saale. Dort erliegt er am nächsten Tag seinen Verbrennungen.

Roland Weißberg hat in Abschiedsbriefen seine Verzweiflung mit der Sorge um die Ausbreitung des Islam in Deutschland begründet. Bei seiner Frau

Windischholzhausen war, kennt man seine islanzkritische Haltung. Immer und immer wieder hat er Kollegen und Pfarrer-Konvente aufgefordert, sich intensiver mit den Muslimen und ihren Lehren zu beschäftigen.

Besonders liegt ihm daran, daß sich die evangelische Kirche klar vom Islam abgrenze. Seine Entscheidung hat auf die Umgebung unangenehm gewirkt, aber alles andere als krankhaft. Weißberg galt gleichzeitig als Schöngest, als Höflichkeit und Mörke, wurde auch gerne gebeten. Gottesdienstvertretungen zu übernehmen – den letzten noch Mitte Oktober. Auch Ruth Meili, die den Mann wegen seines von den Flammen entstellten Gesichtes nicht wiedererkannte, erinnert sich an frühere Begegnungen. „Er stand zu seiner Meinung, aber ich habe ihn auch humorvoll erlebt.“

Für Schwester Ruth stellen sich jetzt viele Fragen. „Sind wir schuldig geworden an diesem Bruder?

Haben wir zu wenig hingehört?“ Bischof Axel Noack (Magdeburg) und Pfästin Elfriede Begrich (Erfurt) sprechen vor der Presse über den Schock, den die Selbstverbrennung ausgelöst hat. Sie erklären, daß der Islam in den neuen Bundesländern bislang als weniger wichtiges Thema eingestuft wurde, weil es auf dem Gebiet der früheren DDR nur wenige Muslime gebe.

Der Königsberger wollte sich Gehör verschaffen

Noack hofft, daß die Tat das Ruhestandsparlaments nicht zur Unruhe zwischen Christen und Muslimen führt. Wie später der Pressesprecher der Landeskirche, Oliver Vorwald (Magdeburg), mitteilt, hat Weißberg sich mit seiner Islamkritik nie an den Bischof oder die

Pfästin gewandt – jedenfalls lägen keine entsprechenden Briefe vor. Vorwald geht davon aus, daß die Selbstverbrennung von Erfurt bei den Synoden der thüringischen Landeskirche und der Kirchenprovinz Sachsen Mitte November Thema sein wird.

„Oskar, Oskar“ hat Roland Weißberg gerufen und damit an Oskar Brüsewitz erinnert. Der war zu DDR-Zeiten Pfarrer der Kirchenprovinz Sachsen und verbrannte sich am 18. August 1976 in der Fußgängerzone von Zeitz (Sachsen-Anhalt) aus verzweifelter Protest gegen den kirchenfeindlichen Kurs der atheistischen SED und einer – wie er es sah – zu großen Anpassung der Kirche an die SED-Diktatur. Bei den Gedenkveranstaltungen vor wenigen Wochen war Brüsewitz als Wegbereiter der friedlichen Revolution in Deutschland gefeiert worden. Was wird man in 30 Jahren über die Selbstverbrennung von Erfurt sagen? idea / Marcus Mockler

»Christus« und »Oskar« waren seine letzten Worte

entschuldigt er sich in einem Abschiedsschreiben für seine Handlung. Im Erfurter Raum, wo er von 1965 bis 1989 Pfarrer im Stadteil